

Griechenlands Banken kämpfen um Vertrauen

In dem Krisenland keimt ein zartes Pflänzchen Hoffnung. Bankenpräsident Karamouzis hofft nun auf Investoren und eine Rückkehr der Einlagen.

maf. FRAnkfurt, 19. September. Es ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber der Trend ist gebrochen: Die Kunden schöpfen wieder etwas Vertrauen in die griechischen Banken. Im Gespräch mit dieser Zeitung berichtet Nikolaos Karamouzis, Präsident des griechischen Bankenverbands und Verwaltungsratsvorsitzender der Eurobank, dass die Einlagen der Institute seit Mai wieder um 1,8 Milliarden Euro gestiegen sind. Allerdings ist der Weg noch lang: Die griechischen Banken haben wegen der Staatsschuldenkrise und der damit verbundenen Angst vor einem Euroaustritt zwischen 2010 und 2016 Einlagen über fast 85 Milliarden Euro verloren. Auf den Konten liegen noch 125 Milliarden Euro. In der Krise, die mit dem Schuldenschnitt des griechischen Staates im Jahr 2012 auch die Banken des Landes in den Grundfesten erschüttert hat, sind 40 Prozent der Einlagen verschwunden.

Doch Karamouzis ist zuversichtlich. Denn das Vertrauen der ausländischen Investoren in die griechische Wirtschaft und ihre Aussichten sei wieder gestiegen. „Sie investieren vor allem in den Tourismus, die Pharmaindustrie, Logistik und Transport, in die Infrastruktur oder in erneuerbare Energien.“ Er muss es als Verwaltungsratsvorsitzender der Eurobank wissen, denn ein wichtiger Anteilseigner ist der amerikanische Handelsminister Wilbur Ross, der in der Presse wegen seiner Vorliebe für Krisen und angeschlagene Unternehmen auch schon als „Schrotthändler“ bezeichnet wurde.

Griechenland ist mit seiner Kreditwürdigkeit noch immer tief im Ramschniveau. Dagegen hat die Ratingagentur Standard&Poor's (S&P) kürzlich das Rating für das andere Euro-Krisenland Portugal wieder als anlagewürdig eingestuft. Trotzdem konnte Griechenland Mitte Juli eine Anleihe mit fünfjähriger Laufzeit und einem Volumen von 3 Milliarden Euro plazieren. Die Investoren hatten mehr als doppelt so viel nachgefragt. Es war die erste Plazierung seit 2014.

Inzwischen gibt es Spekulationen über eine weitere Emission, wenn die laufende Überprüfung des dritten Hilfsprogramms abgeschlossen ist. Das Programm endet im August 2018, und bis dahin will Regierungschef Alexis Tsipras von der linken Syriza das Land aus dem Rettungsprogramm und der Abhängigkeit von den Gläubigern, der Eurogruppe und dem Internationalen Währungsfonds, herausgeführt haben. Die EU-Finanzminister haben am vergangenen Freitag auf ihrem Treffen in Tallinn Griechenland große Fortschritte bescheinigt. Die EU-Kommission hat sogar vorgeschlagen, das Land aus dem Verfahren für übermäßige Verschuldung zu entlassen. Das wertete der niederländische Finanzminister und Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem als ein Zeichen, wie weit das Land schon gekommen sei. Kürzlich forderte der französische Präsident Emmanuel Macron in einer Rede in Athen, im Hintergrund die angeleuchtete Akropolis, die Neugründung der Europäischen Union, um den Pfad der Demokratie wiederzufinden.

Für Bankenpräsident Karamouzis steht fest: „Die Entwicklung in Griechenland geht in die richtige Richtung.“ In diesem Jahr wird Griechenland seinen Worten zufolge wohl zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder ein positives Wachstum von rund 1,5 Prozent verzeichnen. In der Krise hat die griechische Volkswirtschaft ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes eingebüßt. Die Arbeitslosigkeit stieg auf 27 Prozent an. Zuletzt fiel sie wieder auf 21,7 Prozent. Für Karamouzis ist ein wichtiger Grund für die Erholung auch die schwindende Sorge, Griechenland könne aus dem Euroraum ausscheiden. Das politische Risiko eines Grexits sei wesentlich geringer. Die aktuelle Regierung arbeite daran, die mit den Gläubigern vereinbarten Reformen umzusetzen. Und die in Meinungsumfragen derzeit führende Oppositionspartei, die konservative Nea Dimokratia, wolle noch mehr Strukturreformen umsetzen sowie noch stärker privatisieren. „Die Gemeinschaftswährung ist für die griechische Wirtschaft ein Anker der Stabilität, und als Mitglied der Eurozone sind wir besser dran“, lässt Karamouzis keinen Zweifel an seinem Standpunkt.

Für ihn kommt es darauf an, wieder private und ausländische Investoren zu überzeugen. Das Ausmaß der Krise spiegelt sich auch darin wider, dass die privaten Investitionen in Griechenland zwischen 2007 und 2016, also in den Jahren der Krise, von 22 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) auf 8 Prozent gefallen sind. Dass Griechenland im Euro bleibt, ist für Karamouzis auch deshalb wichtig. Denn die ausländischen Investoren schätzten den Wechselkurs und die Preisstabilität in der Eurozone. „Die Bürokratie, hohe Steuern, das unsichere Steuerumfeld oder Ineffizienzen in der Verwaltung sind gegenwärtig die größten Hürden für neue Investitionen“, räumt er ein. Auch die Regierung habe erkannt, dass die Bedingungen für Investitionen verbessert werden müssten. Private Investitionen anzukurbeln sei eine Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum.

„Im Zuge der allgemeinen Erholung hat sich auch die Situation der griechischen Banken verbessert, die zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder Gewinne schreiben“, berichtet der Bankenpräsident. Vor zwei Jahren, als Tsipras noch einen Konfrontationskurs gegen die Gläubiger gefahren hatte, wären die Institute fast gekippt. Die größten Banken des Landes, National Bank of Greece, Alpha Bank, Piräus Bank und Eurobank, waren auf Notkredite der Europäischen Zentralbank (EZB) angewiesen. „Die Liquiditätssituation hat sich verbessert, und die gewährten Notkredite des Eurosystems betragen aktuell nur noch 32 Milliarden Euro“, berichtet Karamouzis. Vor zwei Jahren waren es noch 87 Milliarden Euro.

Darüber hinaus verweist er auf die Kapitalausstattung – „eine der höchsten in Europa“. Doch an der Qualität des Eigenkapitals gibt es Zweifel. Nach Angaben der Ratingagentur Moody's entfällt die Hälfte des Eigenkapitals auf Steuergutschriften aus Verlustvorträgen, sogenannte Deferred Tax Assets (DTA). Dabei handelt es sich um Zahlungsverprechen des griechischen Staates, diese Steuergutschriften im Verlustfall auszuzahlen. Karamouzis betont, dass die Aufseher die Steuergutschriften nicht mehr anzweifeln. Auch in anderen Ländern wie Italien würden sie als Eigenkapital anerkannt.

Das größte Problem für die griechischen Banken sind die hohen Bestände an ausfallgefährdeten Krediten. Sie betragen mehr als 100 Milliarden Euro bei Krediten an den privaten Sektor von insgesamt 195 Milliarden Euro. In den kommenden drei Jahren haben sich die griechischen Banken gegenüber der EZB-Bankenaufsicht verpflichtet, die notleidenden Kredite um 40 Milliarden Euro zu reduzieren. „Die we-

sentlichen Maßnahmen dafür werden Tilgungsaussetzungen, Abschreibungen, Verkäufe, das Management der Darlehen durch Dritte und die Verwertung von Sicherheiten sein“, sagt Karamouzis. Die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen bieten nach seiner Einschätzung ausreichend Flexibilität im Umgang mit diesen Lasten. „Gegenwärtig ist die Kreditnachfrage in Griechenland noch immer schwach – ein Spiegel der jahrelangen Rezession und schwachen Erholung der Wirtschaft.“